

# Rückblick SRL-Halbjahrestagung 2013

Integrierte Stadtentwicklung und europäische Strukturpolitik

58

SRL

BEITRÄGE · PLANERIN 4\_13

Auf EU-Ebene wird seit der Verabschiedung der Leipzig Charta 2007 die integrierte Stadtentwicklung als Prinzip hochgehalten, obwohl Stadtentwicklungspolitik kein originärer Kompetenzbereich der EU ist. Wird die „städtische Dimension“ im derzeitigen Entwicklungsprozess für die nächste Förderperiode ausreichend gewährleistet? Die Halbjahrestagung 2013 der SRL mit über 70 Teilnehmenden stellte dazu unter dem Titel „Fördervoraussetzung statt Mainstream“. Integrierte Stadtentwicklung in der EU-Förderperiode 2014 – 2020“ verschiedene Positionen und Befunde gegenüber. Vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen zur nächsten Programmperiode ging es um die Ausgestaltung der europäischen Strukturpolitik in Bund und Ländern, die Europafähigkeit der Kommunen sowie Fragen der Umsetzung auf der operativen Ebene. Die Tagung wurde im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des BMVBS gefördert.

fende Bündelung von Mitteln (aus EFRE, ESF, ELER, Kohäsionsfonds, Fischereifonds) in Multifondsprogrammen soll in der kommenden Periode ebenfalls institutionell stärker verankert werden.

Prof. Dr. Silke Weidner, BTU Cottbus, stellte die Ergebnisse einer Studie zur „Städtischen Dimension in der Europäischen Strukturpolitik“ vor. Darin wurde im Jahr 2010 für die laufende Förderperiode analysiert, wie die Möglichkeiten des Artikels 8 der EFRE-Verordnung zum Mainstreaming in den Operationellen Programmen der Bundesländer aufgegriffen wurden. EFRE unterstützt diesem Art. 8 zufolge „im Fall von Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung ... gegebenenfalls die Förderung der Entwicklung partizipativer, integrierter und nachhaltiger Strategien, mit denen der starken Konzentration von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Problemen in den städtischen Gebieten begegnet werden soll“. Auf Programmebene werden in



Elisabeth Schroedter, Mitglied des EU-Parlaments

Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europaparlaments für die GRÜNEN/Europäische Freie Allianz, betonte, dass zahlreiche Themenfelder von hoher Relevanz für die Stadtentwicklung sind. 21,1 Mrd. € werden in der laufenden Förderperiode 2007–2013 für Stadtentwicklung verausgabt, das sind 6,1 % der gesamten Mittel für die EU-Kohäsionspolitik. Städte haben eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ sowie der Klimaziele. Der Strukturfonds ist ein Investitionsbeitrag für die Ziele der Europa-2020-Strategie: Forschung und Entwicklung, Innovation, Klimaschutz, Beschäftigung, Armutsbekämpfung und Inklusion, Bildung. Die Mittel in der kommenden Förderperiode sollen auf elf thematische Ziele und auf Investitionsprioritäten konzentriert werden, die sich auf intelligentes, nachhaltiges bzw. integratives Wachstum fokussieren. Stadtentwicklung liegt als ein zentrales Handlungsfeld zwar nahe, hier gilt es im europäischen Kontext jedoch noch weitere Überzeugungsarbeit zu leisten. Eine programmübergrei-



Abschlussdiskussion

Deutschland ca. 7,5 % (1,1 Mrd. € für Maßnahmen gemäß Art. 8) verausgabt. Der integrierte Ansatz als Förderbedingung gilt dabei ausschließlich in Handlungsfeldern der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie der Brachflächenrevitalisierung. Bei der Auslegung des Artikels 8 lassen sich starke Abweichungen in der Handhabung durch die Länder feststellen: Eine Konzentration von Maßnahmen in Teilräumen ist in 10 von 17 Operationellen Programmen (OP) verankert. Selten findet sich eine integrierte Herangehensweise in Form einer Förderung des gesamten Maßnahmenfächers des Artikels 8 (Wirtschaft, Städtebau, soziale & technische Infrastruktur, Urban Governance).

Tilman Buchholz, Referat Angelegenheiten der Stadtentwicklung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, berichtete aus den europäischen Konsultationen zur Strukturpolitik und gab einen Ausblick auf die neue Förderperiode. Es wird zukünftig drei statt zwei Gebietskategorien geben: Weniger entwickelte Regionen

(< 75% des EU-BIP/Kopf); Übergangsregionen (75–90 %); Stärker entwickelte Regionen (> 90 %). Bisher gab es eine Unterteilung nach Konvergenz- und Wettbewerbsfähigkeitskriterien. Der Neuzuschnitt spiegelt die strukturellen Veränderungen durch die jüngsten EU-Erweiterungen wider. So wird es in Deutschland ab 2014 zwei Kategorien, stärker entwickelte und Übergangsregionen, mit entsprechend geringeren EU-Kofinanzierungsquoten geben.

Die wichtigsten neuen freiwilligen Instrumente für integrierte territoriale Entwicklung befinden sich derzeit in der abschließenden Diskussion; da Details für eine konkrete Umsetzung noch nicht vorliegen, sind die Reaktionen aus den Bundesländern bei der Erarbeitung der OP noch zurückhaltend.

- Integrierte Territoriale Investitionen (ITI) für funktionale Räume, bei denen ausgehend von einer Top-down Orientierung mit Aufgabendelegation integrierte Förderstrategien umgesetzt werden sollen, verbunden mit Mittelbündelung aus verschiedenen OP und Prioritätenachsen. Eine Kombination EFRE/ELER/ESF ist dort möglich, ebenso Länder übergreifende Projekte.
- Beim Community led local development (CLLD) geht es um eine Bottom-up-Orientierung nach dem LEADER-Ansatz. Lokale Aktionsgruppen aus öffentlichen und nicht-öffentlichen Akteuren sollen gemeinsam an der Umsetzung integrierter Förderstrategien für kleine Gebietseinheiten arbeiten.
- An einer Stadtentwicklungsplattform als Netzwerk zur Stadtentwicklung zum Erfahrungsaustausch und Capacity Building im direkten Dialog zwischen EU-Kommission und Städten können ausgewählte Städte mitwirken, die integrierte Stadtentwicklung nach Art. 7 bzw. innovative Maßnahmen nach Art. 8 umsetzen. Es geht auch um den Austausch zu neuen Instrumenten der integrierten Stadtentwicklung (wie ITI, CLLD) und soll komplementär zum bereits vorhandenen Städteaustauschprogramm URBACT agieren. Sie wird zu 100 % durch die Kommission finanziert.

Die Umsetzung der Förderpolitik in den Ländern und Kommunen ist für die inhaltliche Ausgestaltung entscheidend. In den 16 Bundesländern werden parallel zur Partnerschaftsvereinbarung EU – Bundesebene die Operationellen Programme auf den Weg gebracht. Federführend ist dabei meist das jeweilige Wirtschaftsministerium, somit ein Ressort, das eher nicht auf Stadtentwicklungsaspekte ausgerichtet ist. Dazu gibt es interministerielle Abstimmungen auf Landesebene. Zwischen den einzelnen Bundesländern und der EU-Kommission finden informelle Gespräche zu den OP-Entwürfen und den dort vorgeschlagenen Strategien und thematischen Prioritätenachsen statt. Bei der Halbjahrestagung wurden die Bundesländer NRW (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr) und Brandenburg (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) vorgestellt; die je nach Landesstruktur unterschiedlichen Überlegungen zur Umsetzung in den OP wurden deutlich. Beispielsweise werden in NRW vier Förderachsen für Stadtentwicklung vorbereitet, neben „Forschung, Technologie, Innovation“, „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ und „Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen“

auch eine Achse „Nachhaltige Regional-, Stadt- und Quartiersentwicklung/Prävention“.

Timo Munzinger machte für den Deutschen Städtetag deutlich, dass bei voraussichtlich etwa 17 Mrd. €, die im Kohäsionsfonds für Deutschland vorgesehen sind, die Rolle der Städte als wirtschaftliche und soziale Motoren verdeutlicht werden muss. In der kommenden Förderperiode werden mindestens 5 % der EFRE-Mittel für integrierte nachhaltige Stadtentwicklung auf Ebene der Mitgliedsstaaten vorgesehen. Die Umsetzung auf Grundlage integrierter nachhaltiger Stadtentwicklungskonzepte und unter aktiver Einbeziehung von kommunalen/lokalen Behörden ist demzufolge sinnvoll und erforderlich.

Die Mechanismen der EU-Strukturfonds, die sich in einem Spannungsfeld zwischen den Zielen von Europa 2020 im Bereich Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, den Aushandlungen auf EU- und nationalstaatlicher Ebene sowie unterschiedlichsten Anforderungen aufseiten der Kommunen und Regionen im Strukturwandel bewegen, sind komplex. Im abschließenden Kommunalen Forum zeigte sich jedoch, dass es viele Handlungsspielräume gibt. Dies gilt für Großstädte wie Leipzig; Karsten Gerken, Leiter des dortigen Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, erläuterte die strategische Einbindung von EFRE-geförderten Maßnahmen in die Stadtentwicklungspolitik.



(Fotos: Susanne Henke)

Aber auch für kleinere Städte macht es durchaus Sinn und ist machbar, wie Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister von Altena, mit seiner Europaorientierung aufzeigte. Dazu ist eine starke Fokussierung erforderlich. Länderorientierte Förderpolitik und lokaler Handlungsrahmen sind stärker miteinander zu verschränken.

Generell gilt es zunehmend, Öffentlichkeit und Austausch über den europäischen Mehrwert für die Kommunen zu ermöglichen, Berührungsängste zu überwinden und voneinander zu lernen. Denn die Veranstaltung hat gezeigt: Wenn die Kommunen die Ziele integrierter Stadtentwicklung verfolgen wollen, werden sie auch in der Förderperiode 2014-2020 nicht um die Nutzung des Instruments der Strukturfonds herumkommen.

Petra Potz, Dr., Sprecherin der Projektgruppe Europa der SRL, location<sup>3</sup> – Wissenstransfer, Berlin